



FIDA im Fokus: Wie die neue EU-Verordnung den Zugang zu Finanzdaten revolutionieren könnte

Nathalie Pappelbaum

Die geplante EU-Verordnung „Financial Data Access Regulation“ (FIDA) rückt zunehmend in den Fokus der Finanzdienstleistungsbranche. Auf dem 22. Hauptstadtgipfel des AfW Bundesverband Finanzdienstleistungen e.V. diskutierten Fachleute aus Assekuranz, Finanzvertrieb und Technologie über die möglichen Auswirkungen der Regulierung auf Beratung, Geschäftsmodelle und Kundenschnittstellen.

Ziel: Ein offenes, sicheres und standardisiertes Finanzdaten-Ökosystem

Die geplante Verordnung soll einen rechtlichen Rahmen schaffen, der den Zugriff und die Nutzung von Finanzdaten einheitlich regelt. Ziel ist ein sicheres und standardisiertes Daten-Ökosystem, das über bereits bestehende Regulierungen hinaus auch Daten aus Versicherungen, Kreditverträgen, Wertpapierdepots und weiteren Finanzprodukten umfasst.

Der geplante Rechtsrahmen verspricht ein innovationsfreundliches, interoperables Daten-Ökosystem, das neue datengetriebene Dienstleistungen ermöglicht und zugleich Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft.

Beratungsalltag im Jahr 2035: Technologisch gestützt, menschlich begleitet

Auf dem Hauptstadtgipfel diskutieren Branchenexperten über Chancen, Risiken und mögliche Rahmenbedingungen zur geplanten EU-Verordnung. Ein mögliches Zukunftsbild zeichnete Andreas Beys, Vorstand der Sauren Fonds AG, auf dem Hauptstadtgipfel.

„Technologie ist nicht mehr nur ein Werkzeug, sie ist stille Begleitung, unsichtbar, effizient und selbstverständlich“, so Beys.

In seiner Vision agieren Beraterinnen und Berater im Jahr 2035 als „Lebenscoaches“ und datenkompetente Strategen:

Künstliche Intelligenz erkennt frühzeitig Veränderungen im Kundenverhalten – etwa bei Einkommen, Ausgaben oder

Lebensereignissen – und schlägt automatisch passende Handlungsoptionen vor. Voraussetzung dafür wäre nach Beys ein „Digital Financial Home“, in dem sämtliche Verträge, Prämien und Leistungsdaten konsolidiert, analysierbar und zugänglich gemacht werden – sofern der Kunde zustimmt. Der Beratungsprozess würde dadurch nicht nur effizienter, sondern potenziell auch wertstiftender.

Erfahrungen aus dem Open-Banking-Sektor als Lernimpuls

Nicola Breyer, erfahrene Open-Finance-Expertin, verwies auf die bisher ernüchternde Bilanz von Open Banking in Europa: Die reinen Transaktionsdaten der Banken hätten bislang keinen substantziellen ökonomischen Mehrwert generiert. Ihr Fazit: Für FIDA müsse ein deutlich umfassenderes Datenverständnis etabliert werden – inklusive sektorübergreifender Kooperation und Governance-Strukturen.

„Wir müssen als Industrien und über Industrien hinweg, als Finanzdienstleistungsbranche, als Technologieanbieter, als Anwälte und Verbände in einem Ökosystem zusammenarbeiten, damit wir eine sinnvolle Governance für dieses Thema erstellen und damit wir Businessmodelle aufbauen, bei denen alle Marktteilnehmer etwas verdienen können“, betonte Breyer.

Datenstrategie als Voraussetzung – Kapitalbedarf als Hürde

Die Implementierung der FIDA-Anforderungen wird nach Einschätzung der Expertinnen und Experten mit hohem Ressourceneinsatz verbunden sein. In der Versicherungswirtschaft sind viele Daten bislang nicht standardisiert oder zugänglich. Der Aufwand zur Aufbereitung sei jedoch unumgänglich – andere Länder seien in der Umsetzung einer Open-Data-Strategie bereits deutlich weiter.

Breyer verwies auf den „Data Act“ in Großbritannien, der Produktivitätszuwächse von bis zu zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ermöglichen soll. Auch für die deutsche Branche gelte: Ohne qualitativ hochwertige Daten nützt selbst der Einsatz von KI wenig. Eine konsistente, strategisch gedachte Datenpolitik sei daher zwingend erforderlich.

AfW und GOFC positionieren sich aktiv im Gesetzgebungsprozess

Der AfW bringt sich gemeinsam mit weiteren Partnern proaktiv in die laufende Gesetzgebungsdebatte ein. Aktuell bereitet die German Open Finance Charta (GOFC) ein Positionspapier zu FIDA vor, das Impulse für die abschließenden Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Parlament und Rat geben soll. Der AfW rechnet damit, dass unter der dänischen Ratspräsidentschaft nach der Sommerpause wesentliche Fortschritte erzielt werden.

„Es wird absehbar eine Regulierung zum Finanzdatenzugang geben. Für uns ist klar, wir wollen und müssen mitreden und dies nicht aus einer Position der Fundamentalopposition heraus, die teilweise in der Branche vorherrscht“, so Norman Wirth, Geschäftsführender Vorstand des AfW.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4940682/FIDA-im-Fokus-Wie-die-neue-EU-Verordnung-den-Zugang-zu-Finanzdaten-revolutionieren-koennte/>